

## Niederschrift

über die Sitzung am Freitag, 26.11.2010

bei der Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen, Graeser Brook 9, 48683 Ahaus

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Frau Magdalene Garvert Rhede

#### Mitglieder:

Frau Bernadette Aehling	Borken	
Herr Ludwig Artmeyer	Bocholt	bis 17:45 Uhr
Herr Heinz-Josef Elpers	Ahaus	
Herr Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Herr Dirk Kappenhagen	Borken	
Herr Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Herr Heinrich Lübbering	Vreden	
Herr Rudi Lüdtko	Gronau	Vertretung für Herrn J. Berghaus; bis 17:30 Uhr
Herr Josef Osterhues	Ahaus	Vertretung für Herrn Markus Schulte
Frau Uta Röhrmann	Bocholt	Vertretung für Herrn Friedhelm Weikamp
Frau Maja Saatkamp	Borken	
Frau Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Frau Gerti Tanjsek	Bocholt	
Herr Alfons Wissing	Schöppingen	

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Hubert Grothues  
Herr Roland Schulte  
Herr Richard Riedel  
Frau Kordula Blickmann  
Frau Edith Gülker  
Frau Margrit Katemann-Tanai  
Herr Peter Nattefort

#### Gäste:

Herr Martin Hart	Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen mbH & Co. KG
Herr Georg Hengst	Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen mbH & Co. KG
Frau Britta Kraus	Bezirksregierung Münster, Höhere Landschaftsbehörde
Herr Hindrik Stegemann	Entsorgungs-Gesellschaft Westmünsterland mbH

#### Es fehlen entschuldigt:

Herr Josef Berghaus	Schöppingen
Herr Reinhard Böcker	Ahaus
Herr Markus Schulte	Gronau
Herr Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Herr Friedhelm Weikamp	Rhede

## **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzende Garvert eröffnet um 14:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Hinsichtlich der Niederschrift der letzten Sitzung bedauert Frau Tanjsek, dass zu TOP 6 nicht erwähnt sei, dass sich Herr Fischer und sie selbst kritisch zu Großmastanlagen geäußert haben. Herr Grothues bittet um Verständnis, dass nicht alle Wortbeiträge einer Sitzung in der Niederschrift wiedergegeben werden können. In der Niederschrift zur heutigen Sitzung solle die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion zu den Großmastanlagen erwähnt werden. Frau Tanjsek ist mit diesem Verfahren einverstanden.

Frau Garvert informiert, dass Herrn R. Schulte die Leitung des Fachbereichs Natur und Umwelt übertragen wurde und spricht Herrn R. Schulte hierzu ihre Glückwünsche aus.

## **A. Öffentlicher Teil**

### **Punkt 1: Vorstellung der Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen mit Busfahrt zu den bergbaulichen Aktivitäten**

---

Herr Hart von der Salzgewinnungsgesellschaft Westfalen (SGW) stellt das Unternehmen anhand eines Folienvortrages (sh. Anlage 1) und eines Informationsfilmes vor. Der Film ist im Internet unter <http://www.solvay.de/standorte/ahaus/video/0,,77733-4-0,00.htm> abrufbar.

Anschließend erfolgt eine Befahrung des Betriebsgeländes per Bus. Unterwegs erläutern Herr R. Schulte sowie Frau Kraus von der höheren Landschaftsbehörde der Bezirksregierung Münster die technischen Bauwerke der Energieunternehmen sowie Kompensationsmaßnahmen für die hierdurch entstandenen Eingriffe in Natur und Landschaft. Als Beispiele für Kompensationsmaßnahmen werden Optimierungsmaßnahmen in den dortigen Naturschutzgebieten wie extensive Grünlandbewirtschaftung und die Anlegung von Blänken genannt. Bei der Festlegung der Kompensationsflächen orientiere man sich an Suchräumen (sh. beigefügte Karte, Anlage 2). Bei der Ermittlung der Suchräume seien Radien um die Höfe von Vollerwerbslandwirten gezogen worden, innerhalb derer keine Kompensationsflächen geschaffen werden, damit einer möglichen künftigen Betriebsentwicklung nichts entgegen steht. Wenn möglich, werde die Kompensation in die ausgewiesenen Naturschutzgebiete gelenkt. Ansonsten würden möglichst öffentliche Flächen genutzt, um die landwirtschaftliche Betroffenheit zu minimieren. Frau Kraus weist darauf hin, dass die bergbauliche Konzession des Landes NRW von 1972 die SGW auch zur Salzgewinnung in den Naturschutzgebieten „Eper-Graeser Venn“ und „Amtsvenn-Hündfelder Moor“ ermächtigt. Dies geschehe jedoch fast ausnahmslos in randlichen Bereichen der Naturschutzgebiete. Hier sei ein Kompromiss im Sinne der international bedeutsamen ökologisch besonders wertvollen Areale erzielt worden. Als besondere Maßnahme hebt Herr R. Schulte Arbeiten am Gewässer Glanerbeek hervor, bei denen durch ein grenzüberschreitendes wasserbauliches Projekt das Gewässer in seinen ursprünglichen Zustand versetzt werde. Auch dieses Projekt, das seinen Ursprung in einer Vereinbarung der Umweltminister der Niederlande, Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens hat, sei durch flächensparendes Planen zum Teil Kompensation für Maßnahmen der SGW.

Nach Ende der Befahrung wird die Sitzung in den Räumlichkeiten der SGW fortgesetzt.

Auf Nachfrage von Frau Saatkamp bestätigt Herr Hengst von der SGW, dass Heizöl als Trennschicht eingesetzt werde, um die Solung nach oben zu begrenzen. Diese

Schutzflüssigkeit befinde sich jedoch innerhalb des Systems und gelange nach dem Verfahren wieder vollständig heraus.

Frau Saatkamp erkundigt sich zu baulichen Veränderungen an dem in der Örtlichkeit verlaufenden Ölbach. Herr Hengst erläutert, die SGW verfüge über die Wasserrechte dieses Gewässers. In Abstimmung mit der Flurbereinigungsbehörde sei in der Sohle des Gewässers eine Folie eingezogen wurde, um den Ölbach weiter wasserführend zu halten.

Herr Fischer möchte wissen, ob für die Kavernen die Gefahr von Einstürzen oder Explosionen besteht. Herr Hengst erklärt, dies sei nicht möglich. Die Situation vor Ort sei ausgiebig durch wissenschaftliche Untersuchungen beprobt worden. Die Erfahrung aus den vergangenen 30 Jahren bestätige diese Aussage.

Frau Saatkamp erkundigt sich nach Anzahl und Größe der Kavernen, in die Erdöl und –gas eingelagert werden. Herr Hengst gibt an, das Unternehmen BP könne in 3 Kavernen rund 3 Mio. m<sup>3</sup> Rohöl bzw. –produkte einlagern. Aktuell seien ca. 1,5 Mio. m<sup>3</sup> Öl eingelagert. Hier gebe es in der Regel keine Bewegungen. Außerdem seien in rund 70 Kavernen etwa 3 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas eingelagert. Zur Einschätzung der Größenordnung erläutert er, die Bundesrepublik speichere insgesamt rund 10 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas; den Jahresverbrauch in Deutschland bezifferte er mit 70 – 80 Mrd. m<sup>3</sup>.

Auf die Frage von Herrn Osterhues zu weiteren Planungen zu Gaseinlagerungen äußert Frau Kraus, eine Interessenbekundung eines großen Energiekonzernes liege der Bezirksregierung Münster vor.

Abschließend dankt Frau Garvert den Vortragenden für die ausführlichen Informationen.

---

**Punkt 2:            Probepbohrungen zu möglicher Erdgasförderung in Borkenwirthe**

---

**Punkt 2.1:        Probepbohrung der Firma Exxon Mobil nach unkonventionellem Gas**  
**Anfrage der Fraktion B90/DIE GRÜNEN**  
**Vorlage: 0271/2010**

---

**Punkt 2.2:        Erdgasförderung in Borkenwirthe**  
**Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.11.2010**  
**Vorlage: 0280/2010**

---

Da Frau Kraus von der Bezirksregierung Münster zu dieser Thematik ebenfalls Auskünfte erteilen kann, schlägt Frau Garvert vor, diesen in der Einladung als TOP 7 vorgesehenen Tagesordnungspunkt vorzuziehen. Gegen die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Herr Grothues erklärt, die Verwaltung habe die beiden Anfragen in einer Stellungnahme beantwortet, die als Tischvorlage ausliegt. Zusätzlich seien der Stellungnahme Informationen der Firma Exxon Mobil zu der Thematik beigefügt (sh. Anlage 3). Das Vorhaben falle als bergrechtliches Verfahren in die Zuständigkeit der Bezirksregierung Arnsberg. Der Kreis Borken werde im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingebunden sein. Derzeit liege dem Kreis Borken noch kein Antrag zur Stellungnahme vor.

Herr R. Schulte berichtet über die Informationsveranstaltung der Firma Exxon Mobil für Bürgerinnen und Bürger im Borkener Vennehof am 23.11.2010. Zunächst seien nur Kernbohrungen geplant, um Gesteinsproben für weitere Analysen zu gewinnen. Erst nach Vorliegen der Ergebnisse entscheide das Unternehmen über die Beantragung einer Genehmigung zur Gasförderung.

Frau Kraus erläutert daraufhin die ihr bekannten Einzelheiten zum Vorhaben. Im Regierungsbezirk Münster seien 3 Standorte für Probebohrungen vorgesehen. Frau Kraus bestätigt, dass für die Probebohrungen die Versiegelung einer 3.000 m<sup>2</sup> großen Fläche geplant sei. Dies sei aufgrund des dieselbetriebenen technischen Geräts erforderlich. Sollte das Unternehmen nach Vorliegen der Ergebnisse der Analysen zu der Entscheidung kommen, eine Genehmigung zur Gasförderung zu beantragen, stelle das Fracking-Verfahren nur eine der möglichen Methoden zur Gasgewinnung dar. Das Unternehmen wisse zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht, welche Methode im Falle einer Gasförderung angewandt werden soll. Sollte das Fracking-Verfahren angewandt werden, würde dies wesentlich unterhalb der Grundwasserschicht geschehen. Zu möglichen Gefahren beim Durchbohren wasserführender Schichten weist Frau Kraus darauf hin, dass für die Bohrungen im Regierungsbezirk Münster deutlich tiefere Arbeitsbereiche vorgesehen seien und die Umstände daher anders zu beurteilen seien als bei Maßnahmen in den USA. Sie bekräftigt, dass auch die Umweltauflagen bergrechtlicher Genehmigungen sehr dezidiert seien und den geltenden Bestimmungen des Immissions-, Abfall- und Wasserrechts entsprechen müssen.

Herr Grothues schlägt vor, den Antrag zu den Probebohrungen im Umweltausschuss durch einen Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg vorzustellen. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Einflussmöglichkeiten des Kreises Borken in dem Genehmigungsverfahren gering seien.

Herr Kappenhagen bittet die Verwaltung zu prüfen, ob neben einem Vertreter der Bergbehörde auch ein Vertreter der Bürgerinitiative eingeladen werden kann. Er bestätige zwar, dass die Einflussmöglichkeit des Kreises Borken gering sei, sehe jedoch die Möglichkeit einer sachlichen Diskussion.

Frau Seidensticker-Beining bekräftigt die Aussage von Herrn Grothues. Sie schlägt vor, in einer Pressemitteilung zur heutigen Sitzung darauf hinzuweisen, dass sich der Ausschuss für Umwelt mit der Thematik auseinandergesetzt hat und das Verfahren weiter in diesem Gremium behandelt werde.

Der Vorschlag, zur nächsten Sitzung einen Vertreter der Bergbehörde einzuladen, findet Zustimmung. Frau Garvert weist darauf hin, dass die Sitzung öffentlich sei und es Vertretern der Bürgerinitiative freistehe, als Zuhörer teilzunehmen. Herr Grothues sagt zu, in der Niederschrift zu klären, ob auch Vertreter der Bürgerinitiative in der Sitzung zu Wort kommen können. *§ 41 Abs. 5 der Kreisordnung NRW sieht vor, dass Ausschüsse Vertreter derjenigen Bevölkerungsgruppen, die von ihrer Entscheidung vorwiegend betroffen werden, zu den Beratungen hinzugezogen werden können. Da aber der Kreis Borken keine Entscheidung über den Antrag zur Genehmigung einer Gasförderung trifft, liegt diese Voraussetzung nicht vor.*

Herr Artmeyer erkundigt sich zu Verunreinigungen von Grundwasserbrunnen bei früheren Bohrungen in Borkenwithe. Herr Schulte sagt zu, dies in der Niederschrift zu klären.

*Dem zuständigen Fachbereich Gesundheit liegen keine Informationen über Verunreinigungen von Grundwasserbrunnen bei früheren Bohrungen in Borkenwithe vor.*

---

**Punkt 3:           Auflösung des Abfallwirtschaftsverbandes Borken-Wesel**  
**Vorlage: 0261/2010**

---

Herr Grothues erläutert die Sitzungsvorlage. Auf Frage von Frau Saatkamp teilt Herr Stegemann von der Entsorgungsgesellschaft mit, etwa 2.000 – 3.000 t Restmüll seien von vom Kreis Borken zum Kreis Wesel transferiert worden. In Gegenrichtung sei etwa die gleiche Menge an Biomüll in den Kreis Borken verbracht worden.

**Beschluss:** einstimmig

1. Der Kreistag stimmt der Auflösung des Abfallwirtschaftsverbandes Borken-Wesel zu.
2. Die vom Kreis Borken bestellten Mitglieder in der Verbandsversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes Borken-Wesel werden beauftragt, einer Auflösung des Abfallwirtschaftsverbandes zuzustimmen.

**Punkt 4: Controllingbericht zum 30.09.2010**  
**Vorlage: 0272/2010**

---

Auf Frage von Frau Saatkamp informiert Frau Gülker, mit einer Bundesförderung zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes in 2010 sei nicht zu rechnen. Die fehlenden Einnahmen können jedoch verkraftet werden, da verschiedene Maßnahmen mit Unterstützung von Projektpartnern realisiert wurden.

Frau Seidensticker-Beining möchte wissen, warum es bei der Umsetzung des Ziel2-Projektes zu zeitlichen Verzögerungen kommt. Herr R. Schulte antwortet, die Ursache liege in begrenzten personellen Kapazitäten. Die zuständige Mitarbeiterin sei bei einer Wochenarbeitszeit von 30 Stunden auch in andere Projekte eingebunden.

Die Ergebnisse des Controllingberichtes zum 30.09.2010 werden zur Kenntnis genommen.

**Punkt 5: Naturschutzgebiet Steinkuhle, Durchforstung**  
**Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 15.11.2010**  
**Vorlage: 0277/2010**

---

Frau Saatkamp erläutert den Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN.

Herr R. Schulte weist auf die als Tischvorlage ausliegende Stellungnahme der Verwaltung hin (Anlage 4 zur Niederschrift). Frau Saatkamp zieht den Antrag zurück, da die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise dessen Zielrichtung entspricht.

**Punkt 6: Mitteilungen der Vorsitzenden**

---

keine

**Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung**

---

Herr Grothues berichtet, die europäische Abfallrahmenrichtlinie sei bis zum 12.12.2010 in nationales Recht umzusetzen. Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens auf Bundesebene werde daher eine Novelle des Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetzes vorbereitet. Nachdem im Frühjahr 2010 zunächst ein Vorentwurf veröffentlicht wurde, liege nun der Referentenentwurf mit Stand vom 06.08.2010 vor. Er enthalte Regelungen, die in den Verantwortungsbereich der Kommunen als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger stark eingreifen und deren Leistungsfähigkeit stark einschränken werden.

Die kommunalen Spitzenverbände haben einen Resolutionsentwurf vorbereitet, um die Entscheidungsträger im parlamentarischen Verfahren über die Auswirkungen auf der kommunalen Ebene zu sensibilisieren. Dieser Entwurf einer Resolution sei vom Landrat in einem Schreiben an die Abgeordneten im Bundestag aus dem Kreis Borken weitergeleitet worden,

mit der Bitte, im Rahmen des weiteren Beratungs- und Abstimmungsprozesses die vorgetragenen Bedenken zur Sicherung der kommunalen Eigenständigkeit und Leistungsfähigkeit mit einzubeziehen und ihren Einfluss im Sinne der Kommunen geltend zu machen. Weiter seien die Bedenken in einem direkten Schreiben an Bundesumweltminister Röttgen vorgetragen worden.

Das Anschreiben werde der Niederschrift beigelegt (sh. Anlage 5) und zudem in der Sitzung des Kreisausschusses am 02.12.2010 als Tischvorlage ausgelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Osterhues legt Frau Blickmann dar, aufgrund der Problematik werden den Bürgern die Erlöse z.B. aus der Altpapiervermarktung - im Kreis Borken z.Z. knapp 1 Mio. Euro im Jahr - nicht mehr zur Verringerung ihrer Abfallgebührenrechnung zugute kommen, weil die Erlöse bei dem parallel tätigen Unternehmen bleiben. Ein ausführlicher Vermerk zu der Thematik werde mit der Niederschrift versandt (sh. Anlage 6).

Herr Grothues informiert über ein Schreiben des WLV-Ortsverbandes Reken, in dem Vorwürfe gegen das Verwaltungshandeln hinsichtlich der Umsetzung des Ziel-2-Projektes in Reken und der 3. Änderung des Landschaftsplans „Rekener Berge“ erhoben werden. Das Schreiben werde als Beschwerde nach § 21 KrO gewertet und vom Kreisausschuss in der Sitzung am 02.12.2012 behandelt. Die Sitzungsvorlage des Kreisausschusses mit der Stellungnahme der Verwaltung liegt als Tischvorlage aus (Anlage 7 zur Niederschrift). Herr Grothues bedauert, dass die positiven Maßnahmen des Ziel2-Projektes durch die Beschwerde negative Außenwirkung erhalten.

Frau Garvert weist darauf hin, dass eine umfassende Klärung der Angelegenheit in einem Gespräch mit dem WLV-Ortsverband erfolgen werde. *Am 02.12.2010 hat dieses Gespräch im Kreishaus stattgefunden. Dabei haben die Vertreter des WLV-Ortsverbandes ihre Anliegen nochmals konkreter dargestellt. Die vorgebrachten Vorwürfe werden kurzfristig abgearbeitet: Soweit Baugenehmigungen zur Erstellung von im Rahmen des Ziel-2-Projektes errichteten Bauwerken erforderlich sein sollten, werden diese nachträglich eingeholt. Im Flurstücksnachweis zur 3. Änderung des Landschaftsplanes „Rekener Berge“ hat sich infolge eines Lesefehlers eine Unrichtigkeit ergeben, die im Rahmen einer redaktionellen Änderung behoben werden kann.*

Herr Grothues erklärt, dass 15 der 17 kreisangehörigen Kommunen die Branchenvereinbarung Landwirtschaft inzwischen verabschiedet haben. Die beiden verbleibenden Kommunen werden die Thematik in Kürze in ihren Räten behandeln.

---

## **Punkt 8:      Anfragen**

---

Frau Saatkamp teilt mit, in der Presse habe sie über eine Studie des Landes NRW bezüglich Feinstaub-Belastung gelesen. Herr Grothues sagt zu, mit der Niederschrift diesbezügliche Informationen zu versenden. *Bei der Erarbeitung der aktuellen Studie „Staubkohorte Frauen NRW 2006/2011“ war die Kreisverwaltung Borken nicht eingebunden. Bei einem Pressegespräch am 02.11.2010 informierte das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NW über gesundheitliche Effekte von Feinstaub. Eine bei diesem Termin veröffentlichte Information, die unter anderem Ergebnisse der genannten Studie zusammenfasst, liegt der Niederschrift als Anlage 8 bei.*

Auf Nachfrage von Frau Saatkamp gibt Herr R. Schulte an, die Ursache für den Ölunfall an der Bocholter Aa in der vergangenen Woche sei gefunden worden; das Öl entstamme dem Keller eines Einfamilienhauses. Der Vorfall sei inzwischen abgearbeitet.

Herr Osterhues berichtet über Schäden am Naturschutzgebiet „Schwatte Gatt“ zwischen Ahaus-Ottenstein und Vreden und erkundigt sich nach dem Sachstand. Herr R. Schulte erläutert, die Schäden seien bei Pflegearbeiten entstanden, die Forstunternehmen im Auftrag des Landesbetriebs Straßen NRW durchgeführt hätten. Die Maßnahmen seien zur richtigen Jahreszeit, allerdings bei ungünstiger Wetterlage durchgeführt worden. Zurzeit werde die Behebung der Schäden geregelt. Die Rad- und Fußwege sollen bis zum Frühjahr 2011 wieder hergestellt werden. Die in der Örtlichkeit entstandenen Fahrspuren könnten dagegen noch länger sichtbar bleiben.

Frau Seidensticker-Beining weist darauf hin, dass im Bereich des Naturschutzgebietes „Burlo-Vardingholter Venn“ Geh- und Rückewege zunehmend von Mountainbikern befahren werden, die hierbei beträchtliche Schäden anrichteten. Herr Schulte nimmt den Hinweis auf und sagt zu, für Abhilfe zu sorgen.

Vorsitzende Garvert schließt die Sitzung um 18:15 Uhr.

---

Magdalene Garvert

---

Peter Nattefort